



# Rentenverlust muss endlich gestoppt werden

Antrag der Linksfraction für die Landtagssitzung: Rentenangleichung Ost-West

Seit dem Jahr 2000 ist die Kaufkraft der Renten in den neuen Bundesländern um rund 22 Prozent gesunken - also um mehr als ein Fünftel. „Damit wird immer deutlicher, dass die Rentenpolitik des vergangenen Jahrzehnts eine schleichende Enteignung für Rentnerinnen und Rentner nach sich zieht“, erklärte Margit Jung, rentenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Abgeordnete nannte dies eine „Bankrotterklärung sämtlicher Bundesregierungen seit der Jahrtausendwende“. Es sei völlig unverständlich, dass ernsthaft an der weiteren Absenkung der Rente auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 festgehalten werden soll.

DIE LINKE fordert deshalb eine große Rentenreform mit drei Kernpunkten. Dazu gehöre eine neue Rentenformel, damit die Rente wieder mit den Löhnen steigt anstatt kontinuierlich abgesenkt zu werden.

### Mindestrente von zunächst 950 Euro notwendig

„Wichtig ist zweitens eine gesetzliche Mindestrente von zunächst 950 Euro gegen Altersarmut. Und als drittes müssen die Ostrenten endlich an das Westniveau angeglichen werden“, forderte die LINKE-Politikerin.

Zu der ohnehin vorhandenen Ungerechtigkeit kommt der höhere Kaufkraftverlust, der in den alten Bundes-

ländern um vier Prozent unter dem in Ostdeutschland liegt. „Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund für die perpetuierte Demütigung der Menschen im Osten“, protestierte Margit Jung. Auch deshalb hat die Linksfraction für die jetzt stattfindende Oktober-Plenarsitzung des Thüringer Landtags LINKE einen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, endlich in Richtung Rentenangleichung Ost-West aktiv zu werden.

### Senkung Beitragssatz „im Kern unsozial“

Die am 12. Oktober im Bundesrat bestätigte Senkung des Beitragssatzes zur Rente von 19,6 auf 19 Prozent hatte die Abgeordnete als „im Kern unsozial“ bezeichnet und betont: „Wer die Einnahmen verringert, obwohl für viele Menschen Altersarmut droht und die Ostrente immer noch nicht an das Westniveau angeglichen ist, spielt kaltherzig weiter den Unternehmern in die Tasche.“

Für den Einzelnen bedeute eine Senkung des Beitragssatzes eine Einsparung von wenigen Euro - bei einem Bruttoverdienst von 2.500 Euro seien es 7,50 im Monat. Dafür verspiele die Regierung die Möglichkeit, die geplante Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 rückgängig zu machen und somit einen spürbaren Schritt gegen Altersarmut zu unternehmen. „Besonders ärgert mich die Blockade der Bundesregierung beim

Thema Ost-West-Angleichung“, sagte Margit Jung. „Wer 22 Jahre nach der Wende immer noch nicht verstanden hat, dass Menschen nicht aufgrund ihrer territorialen Herkunft schlechter behandelt werden dürfen, manifestiert das innere Teilungsempfinden.“ Das sei nicht zuletzt deswegen skandalös, da CDU/CSU und FDP aufgrund ihres Koalitionsvertrages verpflichtet sind, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen.

Unterdessen hat der LINKE Parteivorsitzende Bernd Riexinger eine gemeinsame Initiative der demokratischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden der ostdeutschen Landtage zur „Herstellung der Renteneinheit“ vorge-schlagen

### Lieberknecht erwartet Antworten von Bundesregierung

Jetzt hatte auch die Thüringer Ministerpräsidentin die Bundesregierung zum Handeln gegen die drohende Altersarmut aufgefordert. Der „Thüringer Allgemeine“ sagte sie, noch in dieser Legislatur müsse etwas unternommen werden. Die aktuellen Zahlen seien ein Alarmzeichen. Sie erwarte nun von der Bundesregierung, dass Antworten entwickelt würden. Dies betreffe auch die Angleichung der Ost-Renten an das Westniveau. Sie sagte: „Die Kaufkraft ist in Ostdeutschland deutlich stärker gesunken als in den alten Ländern. Bei diesem Thema kann man nicht einfach die Arbeit einstellen.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

### Mehr als befremdlich

Alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen haben einen Anspruch auf Veröffentlichung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften aller Abgeordneten. Nur so können sie sich ein Bild machen, ob überhaupt und in welcher Weise sich Abgeordnete von wirtschaftlichen Aspekten und Abhängigkeiten in ihrer Entscheidungsfindung beeinflussen lassen. Die LINKE-Fraktion wird dazu parlamentarischen Initiativen, die leider in der vergangenen Wahlperiode keine Mehrheiten gefunden hatten, wieder in die Debatte im Landtag einbringen.

Wir hatten im Jahr 2007 einen Gesetzentwurf sowie Änderungen der Geschäftsordnung des Landtages und der Verhaltensregeln für Abgeordnete zur Stärkung der Transparenz der Abgeordnetentätigkeit und zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften vorgelegt. Dabei ging es auch um die Offenlegung von Firmenbeteiligungen und Ähnlichem sowie um eine Veröffentlichung der Angaben auf der Internetseite des Landtages.

Demokratische Entscheidungsprozesse müssen für die Menschen durchschaubar und nachvollziehbar sein. Daher sind Offenheit und Transparenz für das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie ein wichtiges Gut. Die Abgeordneten sind verpflichtet, alles zu tun, um jeglichem Eindruck des Lobby-Einflusses auf ihr politisches Handeln entgegenzuwirken. Das gilt unabhängig davon, aus welchen beruflichen oder sozialen Zusammenhängen die Abgeordneten kommen. Gesetzliche Veröffentlichungspflichten zu Nebeneinkünften und Nebentätigkeiten können zur Stärkung dieses Vertrauens sehr viel beitragen. In diesem Zusammenhang ist die vom ehemaligen Landtagsdirektor Linck geforderte Rücksichtnahme auf Selbstständige kritisch zu würdigen.

Mehr als befremdlich finde ich auch die Haltung der SPD-Fraktion. Diese passt so gar nicht zur auf Bundesebene propagierten aktuellen Linie, schließt aber an den Eier-tanz und die Ablehnung der Modernisierung des Thüringer Ministergesetzes durch die SPD-Fraktion an, wo unter anderem die von der LINKE-Fraktion geforderte Einführung von Karenzzeiten für Minister zwischen Ausscheiden aus dem Amt und Übernahme einer Tätigkeit in der Wirtschaft durch die SPD abgelehnt wurde. ■

## AKTUELL Ökostrom-Umlage ist Lobbyismus pur

Die am 15. Oktober verkündeten Strompreiserhöhungen wegen der Umlage zur Ökostrom-Förderung „sind die nächste Mogelpackung, die einseitig private Haushalte und kleine Unternehmen belastet“, so MdL Manfred Hellmann. Die großen Unternehmen werden weiter privilegiert und den Energiekonzernen neue Traumrenditen verschafft. „Dabei könnte schon heute der Strompreis deutlich gesenkt werden, gäbe es eine funktionierende Aufsicht und Regulierung des Endkundengeschäfts beim Strom“, gibt der LINKE-Abgeordnete zu bedenken.

Die vier Betreiber der deutschen Hochspannungsnetze hatten angekündigt, dass die über den Strompreis erhobene EEG-Umlage zur För-

derung erneuerbarer Energien 2013 um fast 50 Prozent auf den Höchstwert von 5,28 Cent pro Kilowattstunde steigt. „Statt die Energiewende voranzubringen, geht es wohl nur um, eine profitorientierte Strategie“, sagte der energiepolitische Sprecher der Linksfraction. „Hingegen sind erneuerbare Energien ein Potential, das man überall in unterschiedlicher Intensität von der Natur angeboten bekommt und das regional auf Dauer verfügbar ist, denn Strom wird dort erzeugt, wo er auch gebraucht wird.“

Das bedeutet im Umkehrschluss: teure Strompreise und Leitungssysteme quer durch die Republik - wie die 380-kV-Leitungen in Thüringen - sind nicht nur unnötig, sondern behindern eine nachhaltige, ökologische und sozi-

al gerechte Energie-Architektur. Die Energieerzeugung muss dezentral in genau den Regionen erfolgen, wo sie auch gebraucht wird!“ Dazu gehöre ein intelligentes, hochmodernes dezentrales Stromnetz, welches im Besitz der öffentlichen Hand ist. Der offene Lobbyismus der Bundesregierung für die Stromkonzerne sei eine Ursache für die galoppierenden Kosten und überdimensionierte Leitungspläne. Er führe auch dazu, die konventionellen Kraftwerke weiter am Netz zu lassen und keineswegs den erneuerbaren Energien Vorrang zu gewähren.

Gregor Gysi hatte einen staatlichen Eingriff in den Energiemarkt verlangt. Staatliche Aufsicht und Regulierung seien nötig, sagte der Vorsitzende der Linksfraction im Bundestag. ■